

An die
Mitglieder
des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung
der Stadtverordnetenversammlung
Kassel

Geschäftsstelle:
Büro der Stadtverordnetenversammlung

Rathaus, 34112 Kassel
Auskunft erteilt: Frau Butterweck
Tel. 05 61/7 87.12 24
Fax 05 61/7 87.21 82
E-Mail: Jutta.Butterweck@stadt-kassel.de
Kassel, 26. Juni 2013

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur 11. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung lade ich ein für

**Mittwoch, 3. Juli 2013, 17:00 Uhr,
Lesezimmer, Rathaus, Kassel.**

Tagesordnung:

- 1. Lehrerzuweisung aufgrund Sozialindex**
Anfrage der CDU-Fraktion
Berichtersteller/in: Stadtverordneter Dr. Michael von Rüden
- 101.17.906 -
- 2. Bildungs- und Teilhabepaket - Schulsozialarbeit -**
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
Berichtersteller/in: Stadtverordnete Anke Bergmann
- 101.17.936 -
- 3. Lesen fördern, Angebote vernetzen, Mediatheken schaffen**
Antrag der Fraktion Kasseler Linke
Berichtersteller/in: Stadtverordneter Norbert Domes
- 101.17.957 -
- 4. Gegenüberstellung Status Kindertageseinrichtungen**
Anfrage der CDU-Fraktion
Berichtersteller/in: Stadtverordneter Bodo Schild
- 101.17.967 -
- 5. Heinrich-Schütz-Schule**
Anfrage der FDP-Fraktion
Berichtersteller/in: Stadtverordneter Donald Strube
- 101.17.970 -
- 6. Sachstand Joseph-von Eichendorff-Schule und Maßnahmen zum Erhalt durch den Magistrat**
Anfrage der CDU-Fraktion
Berichtersteller/in: Stadtverordneter Dr. Michael von Rüden
- 101.17.979 -

Mit freundlichen Grüßen
gez. Dr. Martina van den Hövel-Hanemann
Vorsitzende

Für die Richtigkeit:

Jutta Butterweck

Niederschrift
über die **11. öffentliche Sitzung**
des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung
am Mittwoch, 3. Juli 2013, 17:00 Uhr,
im Lesezimmer, Rathaus, Kassel

Anwesende:

Mitglieder

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann, Vorsitzende, B90/Grüne
Anke Bergmann, 2. stellvertretende Vorsitzende, SPD
Dr. Rabani Alekuzei, Mitglied, SPD
Dr. Rainer Hanemann, Mitglied, SPD
Esther Kalveram, Mitglied, SPD (Vertretung für Kaja Börner)
Wolfgang Decker, MdL, Mitglied, SPD (Vertretung für Stefan Kurt Markl)
Jürgen Blutte, Mitglied, B90/Grüne (Vertretung für Helga Weber)
Birgit Hengesbach-Knoop, Mitglied, B90/Grü
Christine Hesse, Mitglied, B90/Grüne
Marcus Leitschuh, Mitglied, CDU
Bodo Schild, Mitglied, CDU (Vertretung für Jutta Schwalm)
Waltraud Stähling-Dittmann, Mitglied, CDU (Vertretung für Dr. Michael von Räden)
Donald Strube, Mitglied, parteilos
Dr. Bernd Hoppe, Mitglied, Demokratie erneuern

Teilnehmer mit beratender Stimme

Jörg-Peter Bayer, Stadtverordneter, Piraten
Oktay Belen, Vertreter des Ausländerbeirates
Christel Gusek, Vertreterin des Seniorenbeirates

Magistrat

Anne Janz, Stadträtin, B90/Grüne

Schriftführung

Jutta Butterweck, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:

Simon Aulepp, Mitglied, Kasseler Linke

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen

Gabriele Steinbach, Schulverwaltungsamt
Bernd Heger, Schulverwaltungsamt
Judith Osterbrink, Jugendamt
Antje Kühn, Jugendamt,
Knut Hoffmann, Kulturamt

Tagesordnung:

- | | | |
|----|---|------------|
| 1. | Lehrerzuweisung aufgrund Sozialindex | 101.17.906 |
| 2. | Bildungs- und Teilhabepaket
- Schulsozialarbeit - | 101.17.936 |
| 3. | Lesen fördern, Angebote vernetzen, Mediatheken schaffen | 101.17.957 |

4.	Gegenüberstellung Status Kindertageseinrichtungen	101.17.967
5.	Heinrich-Schütz-Schule	101.17.970
6.	Sachstand Joseph-von Eichendorff-Schule und Maßnahmen zum Erhalt durch den Magistrat	101.17.979
7.	Schulstandort der Joseph-von-Eichendorff-Schule sichern	101.17.980
8.	Schulstandort - Joseph-von-Eichendorff-Schule	101.17.995

Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann eröffnet die mit der Einladung vom 26. Juni 2013 ordnungsgemäß einberufene 11. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Stadtverordneter Leitschuh, CDU-Fraktion, beantragt die Erweiterung der Tagesordnung um den Antrag seiner Fraktion betr. **Schulstandort der Joseph-von-Eichendorff-Schule sichern**, 101.17.980.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst gemäß § 10 (6) der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung (2/3 Mehrheit) bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

Abwesend: Fraktion Kasseler Linke
den

Beschluss

Dem Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion auf Erweiterung der Tagesordnung um den Antrag betr. Schulstandort der Joseph-von-Eichendorff-Schule sichern, 101.17.980, wird **zugestimmt**.

Der Antrag wird als Punkt 7 in die Tagesordnung aufgenommen.

Stadtverordnete Bergmann, SPD-Fraktion, beantragt die Erweiterung der Tagesordnung um den gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne betr. **Schulstandort – Joseph-von Eichendorff-Schule**, 101.17.995.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst gemäß § 10 (6) der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung (2/3 Mehrheit) bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

Abwesend: Fraktion Kasseler Linke
den

Beschluss

Dem Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion auf Erweiterung der Tagesordnung um den gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD und B90/Grüne betr. Schulstandort der Joseph-von-Eichendorff-Schule sichern, 101.17.980, wird **zugestimmt**.

Der Antrag wird als Punkt 8 in die Tagesordnung aufgenommen.

Die neuen Tagesordnungspunkte 7 und 8 werden wegen Sachzusammenhang gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 6 und wegen der anwesenden Gäste dazu vor Tagesordnungspunkt 1 zur Beratung aufgerufen.

Auf Antrag von Stadtverordneten Leitschuh, CDU-Fraktion, wird

Tagesordnungspunkt 1

Lehrerzuweisung aufgrund Sozialindex

Anfrage der CDU-Fraktion

- 101.17.906 -

wegen Abwesenheit des Berichterstatters heute abgesetzt und

Tagesordnungspunkt 4

Gegenüberstellung Status Kindertageseinrichtungen

Anfrage der CDU-Fraktion

- 101.17.967 -

mit der Zusage der schriftlichen Beantwortung der Anfrage durch den Magistrat für erledigt erklärt.

Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann stellt die so geänderte Tagesordnung fest.

Die Tagesordnungspunkte 6, 7 und 8 werden gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

6. Sachstand Joseph-von Eichendorff-Schule und Maßnahmen zum Erhalt durch den Magistrat

Anfrage der CDU-Fraktion

- 101.17.979 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wurde, bzw. wann wurde dem Schulträger der Erlassentwurf zur Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes durch das Land Hessen zugestellt und was war der Inhalt?
2. Was war der Grund für die von der Schuldezernentin auf der Homepage der Stadt Kassel und gegenüber den Medien erwähnte Mail des Landes Hessen an sie im Januar?
3. Wie sah die nach § 28 Hessisches Verwaltungsverfahrensgesetz (HVwVfG) vorgesehene Anhörung aus?
4. Gab es eine Rückmeldung zum Erlassentwurf durch den Magistrat?
5. Gab es eine Rückmeldung der Landesregierung zu der Antwort oder Nichtantwort?
6. Ist dem Magistrat bekannt, wie das Land Hessen mit dem Erlassentwurf verfahren ist und wie der Sachstand ist?
7. Gab es seitens des Landes Hessen Alternativvorschläge zur Umwandlung in eine IGS, damit der Schulstandort der Joseph-von-Eichendorff-Schule erhalten bleiben kann?
8. Wurde der Stadt Kassel eine Zusammenlegung mit der OSW oder einer Landkreisschule als Möglichkeit genannt?
9. Wie steht der Magistrat zu solchen Vorschlägen?

10. Trifft es zu, dass mit einer Nichtgenehmigung eines Schulentwicklungsplanes nicht automatisch eine Schulschließung verbunden ist, weil nur der Schulträger i.d.R. Schulen schließen kann, sondern es dann in der Aufgabe der Stadt ist, ein genehmigungsfähiges Konzept zu erstellen?
11. Wie erklärt sich der Magistrat die sinkenden Schülerzahlen der Joseph-von-Eichendorff-Schule, die deutlich von den eigenen Prognosen aus 2012 abweichen, als man von Dreizügigkeit ausging und nun Einzügigkeit hat?

Stadträtin Janz beantwortet die Anfrage. Weiterhin erläutert sie die aktuelle Sachlage aufgrund des Erlasses des Hessischen Kultusministeriums zur 8. Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes und bestätigt nochmals, dass die Schüler und Schülerinnen der derzeitigen Mittelstufe (ab Klasse 7) ihre Schullaufbahn in der Joseph-von-Eichendorff-Schule abschließen werden.

Nach Beantwortung durch Stadträtin Janz erklärt Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann die Anfrage für erledigt.

7. Schulstandort der Joseph-von-Eichendorff-Schule sichern

Antrag der CDU-Fraktion
- 101.17.980 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird, vor dem Hintergrund der im Gegensatz zu den eigenen Prognosen im Schulentwicklungsplan deutlich gesunkenen Schülerzahlen, aufgefordert,

a) umgehend gemeinsam mit Eltern-, Lehrer- und Schülervetretern sowie den Ortsbeiräten im Kasseler Osten und mit dem Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung nach Konzepten zur Sicherung der Anmeldezahlen der Joseph-von-Eichendorff-Schule zu suchen.

b) zu prüfen, ob die Umwandlung in eine Mittelstufenschule bzw. Gesamtschule mit Mittelstufenzweig mit längerem gemeinsamen Lernen von der Klasse 5 bis 7 im Klassenverband und anschließende Aufteilung in praxisorientiertem Bildungsgang mit gemeinsamen Lernen an Beruflichen Schulen und Praxistagen in Betrieben sowie einen mittleren Bildungsgang mit der Möglichkeit des Wechsels an die Gymnasiale Oberstufe oder ähnliche Bildungsgänge, die Schülerzahlen steigern könnte, da ein solches Konzept den Integrationsgedanken der Joseph-von-Eichendorff-Schule stärken könnte.

c) die Möglichkeit einer Zusammenlegung mit einer Schule im nahen Landkreis oder der Offenen Schule Waldau zu prüfen und damit den Schulstandort zu sichern.

Stadtverordneter Leitschuh, CDU-Fraktion, begründet den Antrag. Es kommt zu einer regen Diskussion.

Sitzungsunterbrechung von 18:36 Uhr bis 18:49 Uhr.

Stadtverordneter Leitschuh, CDU-Fraktion, ändert den Antrag für seine Fraktion wie folgt ab.

➤ **Geänderter Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert,

- fristgemäß zu prüfen, ob gegen den Erlass des Schulentwicklungsplanes, 8. Teilfortschreibung, Rechtsmittel eingelegt werden.

- umgehend gemeinsam mit Eltern- Lehrer- und Schülervertretern nach Konzepten zur Sicherung der Anmeldezahlen der Joseph-von-Eichendorff-Schule zu suchen.

Weiterhin soll der Magistrat die bereits begonnenen Sondierungsgespräche mit der Schulgemeinde und dem Landkreis Kassel über eine Verbundlösung oder andere schulorganisatorische Formen fortsetzen.

Der geänderte Antrag wird auf Antrag von Stadtverordneten Strube abschnittsweise zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, CDU

Ablehnung: FDP, Demokratie erneuern / Freie Wähler

Enthaltung: --

Abwesend: Kasseler Linke

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Abschnitt 1 des geänderten Antrages der CDU-Fraktion betr. Schulstandort der Joseph-von-Eichendorff-Schule sichern, 101.17.980, wird **zugestimmt**.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

Abwesend: Kasseler Linke

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Abschnitt 2 des geänderten Antrages der CDU-Fraktion betr. Schulstandort der Joseph-von-Eichendorff-Schule sichern, 101.17.980, wird **zugestimmt**.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst bei
Zustimmung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP
Ablehnung: --
Enthaltung: Demokratie erneuern / Freie Wähler
Abwesend: Kasseler Linke
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Abschnitt 3 des geänderten Antrages der CDU-Fraktion betr.
Schulstandort der Joseph-von-Eichendorff-Schule sichern, 101.17.980,
wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Bergmann

- 8. Schulstandort - Joseph-von-Eichendorff-Schule**
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne
- 101.17.995 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung bekräftigt ihren Willen, dass die Joseph-von-Eichendorff-Schule an ihrem bisherigen Standort und mit ihrem bisherigen wohnortnahen Bildungsangebot erhalten wird, wie sie dies im November 2011 einstimmig beschlossen hat und dies in der Teilfortschreibung des Schulentwicklungsplans 2012 bestätigt hat.

Trotz intensiver Bemühungen des Magistrats wurde über den Antrag der Stadt zur Sicherung des Standortes der Joseph-von-Eichendorff-Schule durch Umwandlung in eine integrierte Gesamtschule mit dem Auftrag, im Rahmen der Modellregion Integration ein besonderes Modell zur Förderung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund weiter zu entwickeln und zu erproben, bis einschließlich Juni 2013 im zuständigen Kultusministerium in Wiesbaden nicht entschieden. Diese Verzögerung führt zur weiteren Verunsicherung an der Schule und bei Schülern und Eltern und trägt damit zur weiteren Verschärfung der Situation der Schule bei.

Die Stadtverordnetenversammlung hält die Entwicklung alternativer Schulkonzepte zum jetzigen Zeitpunkt für schädlich, da diese die Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung zur Umwandlung der Joseph-von-Eichendorff-Schule in eine Integrierte Gesamtschule, die auch eindeutiger Wunsch der Schulgemeinde ist, konterkariert und die Sicherung des Schulstandortes gefährdet.

Der Magistrat wird deshalb gebeten, seine bisherigen Bemühungen zur Sicherung des Standortes der Joseph-von-Eichendorff-Schule und deren Bildungsangebot intensiv fortzusetzen und erneut gegenüber Wiesbaden die Position der Stadt klar zu stellen.

Stadtverordnete Bergmann, SPD-Fraktion, begründet den gemeinsamen Antrag.

Nach Sitzungsunterbrechung ändert Stadverordnete Bergmann, SPD-Fraktion, den gemeinsamen Antrag im Einvernehmen mit der Fraktion B90/Grüne wie folgt ab.

➤ **Geänderter gemeinsamer Antrag**

Der Magistrat wird aufgefordert,

- fristgemäß zu prüfen, ob gegen den Erlass des Schulentwicklungsplanes, 8. Teilfortschreibung, Rechtsmittel eingelegt werden.
- umgehend gemeinsam mit Eltern- Lehrer- und Schülervertretern nach Konzepten zur Sicherung der Anmeldezahlen der Joseph-von-Eichendorff-Schule zu suchen.

Weiterhin soll der Magistrat die bereits begonnenen Sondierungsgespräche mit der Schulgemeinde und dem Landkreis Kassel über eine Verbundlösung oder andere schulorganisatorische Formen fortsetzen.

Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann stellt den gemeinsamen Antrag abschnittsweise zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, CDU
Ablehnung: FDP, Demokratie erneuern / Freie Wähler
Enthaltung: --
Abwesend: Kasseler Linke
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Abschnitt 1 des geänderten gemeinsamen Antrages der Fraktionen SPD und B90/Grüne betr. Schulstandort - Joseph-von-Eichendorff-Schule, 101.17.995, wird **zugestimmt**.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, CDU, Demokratie erneuern / Freie Wähler
Ablehnung: FDP
Enthaltung: --
Abwesend: Kasseler Linke
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Abschnitt 2 des geänderten gemeinsamen Antrages der Fraktionen SPD und B90/Grüne betr. Schulstandort - Joseph-von-Eichendorff-Schule, 101.17.995, wird **zugestimmt**.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst bei
Zustimmung: SPD, B90/Grüne, CDU
Ablehnung: FDP
Enthaltung: Demokratie erneuern / Freie Wähler
Abwesend: Kasseler Linke
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden
Beschluss zu fassen:

Abschnitt 3 des geänderten gemeinsamen Antrages der Fraktionen SPD
und B90/Grüne betr. Schulstandort - Joseph-von-Eichendorff-Schule,
101.17.995, wird **zugestimmt**.

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Blutte

- 1. Lehrerzuweisung aufgrund Sozialindex**
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.17.906 -

Abgesetzt

- 2. Bildungs- und Teilhabepaket**
- Schulsozialarbeit -
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
- 101.17.936 -

**Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf. Der Tagesordnungspunkt wird für die
nächste Sitzung vorgemerkt.**

- 3. Lesen fördern, Angebote vernetzen, Mediatheken schaffen**
Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.957 -

**Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf. Der Tagesordnungspunkt wird für die
nächste Sitzung vorgemerkt.**

- 4. Gegenüberstellung Status Kindertageseinrichtungen**
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.17.967 -

Wir fragen den Magistrat:

wie sich der jetzige Status der Kasseler Kindertagesstätten und
Kindertageseinrichtungen insbesondere bzgl.

- Öffnungszeiten
- Gruppengrößen
- Betreuungsschlüssel/Fachkraft-Kind-Relation
- Aufnahme von Kindern mit Migrationshintergrund
- Aufnahme von Kindern mit Behinderung

- Qualifikation der Erzieher, Öffnung des Fachkräftecatalogs
 - Arbeitsbelastung der Erzieher, Zeit für Verwaltungs- bzw. Leitungs-/ Organisations-/ Elternarbeit sowie Koordination mit Schulen,
 - Arbeitsverhältnissen der Erzieher
 - Finanziellen Zuschüssen vom Land Hessen für den Betrieb der Kitas
 - Finanziellem Aufwand der Stadt Kassel für den Betrieb der Kitas
- verändern wird (zukünftiger Status), wenn das neue Hessische Kinderförderungsgesetz (neueste Fassung) zum 1.1.2014 Gesetz wird. Dabei sollen vergleichende Aussagen mit Angabe der Grundlagen/Berechnungen am Beispiel einer Kita und einer Kindertageseinrichtung gemacht werden.

Mit der Zusage durch Stadträtin Janz, die Anfrage schriftlich zu beantworten, erklärt Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann im Einvernehmen mit der Antrag stellenden Fraktion die Anfrage für erledigt.

5. Heinrich-Schütz-Schule
Anfrage der FDP-Fraktion
- 101.17.970 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf. Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

Ende der Sitzung: 19:06 Uhr

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann
Vorsitzende

Jutta Butterweck
Schriftführerin

Vorlage Nr. 101.17.906

Lehrerzuweisung aufgrund Sozialindex

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Wir fragen den Magistrat:

1. Welche Schulen in Kassel erhalten aufgrund des neu eingeführten „Sozialindex“ im Schuljahr 2013/2014 eine über die Grundunterrichtsversorgung hinausgehende Lehrerzuweisung?
2. Wie viele Lehrerstellen werden diesen Schulen aufgrund des „Sozialindex“ zusätzlich zugewiesen?
3. Mit welchen Maßnahmen wird der Schulträger dazu beitragen, einen Nachteilsausgleich für Schulen zu schaffen, die sich besonderen pädagogischen Herausforderungen stellen müssen?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Dr. Michael von Rüden

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.17.936

**Bildungs- und Teilhabepaket
- Schulsozialarbeit -**

Gemeinsamer Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, über die Erfahrungen der Schulsozialarbeit in den 11 Kasseler Grundschulen, die durch das Bildungs- und Teilhabepaket installiert worden sind, im Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung zu berichten. Dabei sollen die Schulen die Möglichkeit bekommen, auch ihre Erfahrungen zu äußern.

Berichtersteller/-in: Stadtverordnete Anke Bergmann

Uwe Frankenberger MdL
Fraktionsvorsitzender SPD

Gernot Rönz
Fraktionsvorsitzender B90/Grüne

Vorlage Nr. 101.17.957

Kassel, 3. Juni 2013

Lesen fördern, Angebote vernetzen, Mediatheken schaffen

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt ein Konzept zur Weiterentwicklung der Bibliotheken und Schaffung von Mediatheken erstellen zu lassen.

Das Ziel ist der einfache, wohnortnahe Zugang zu Büchern, DVD's, CD's und dem Internet mit nutzerfreundlichen Öffnungszeiten in einer attraktiven Umgebung mit Treffpunkt- und Veranstaltungsangeboten.

In den Erstellungsprozess werden bestehende Einrichtungen und Initiativen einbezogen.

Begründung:

Zur Förderung der Medien- und Lesekompetenz und der Zugangsmöglichkeit zu Informationen soll allen Bewohner*innen Kassels ein wohnortnahes, niedrighschwelliges Angebot gemacht werden. Das bisher auf Schulbibliotheken, Stadtteilbibliotheken, Unibibliotheken und einige, wenige private Angebote beschränktes Bibliothekssystem soll weiterentwickelt werden.

Das Medienzentrum für den Landkreis und die Stadt Kassel sollen in das Angebot integriert werden.

Dabei werden Internetarbeitsplätze mit Zugang zu externen Datenbanken eingerichtet, um zum Beispiel Literatur- oder Wirtschafts-Recherchen zu ermöglichen.

Zur Ergänzung und Stärkung des sozialen Miteinanders sollen die Mediatheken Treffpunkte und Veranstaltungsorte, in Kooperation mit bestehenden Einrichtungen, sein. Ob zur Verbreiterung des Angebotes und zu einem vereinfachten Zugang die Bereitstellung von einfachen Verwaltungsdienstleistungen wie z.B. Ummeldungen, Anwohnerparkausweise oder Ausweisbeantragungen berücksichtigt werden sollen, soll Teil der konzeptionellen Prüfung sein. Ausstattungsabschätzung, Standortanforderungen, Personal- und Finanzbedarfsplan und Umsetzungsprioritäten sind im Konzept mit zu erarbeiten.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Norbert Domes

gez. Norbert Domes

Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.17.967

Gegenüberstellung Status Kindertageseinrichtungen

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Wir fragen den Magistrat:

wie sich der jetzige Status der Kasseler Kindertagesstätten und Kindertageseinrichtungen insbesondere bzgl.

- Öffnungszeiten
- Gruppengrößen
- Betreuungsschlüssel/Fachkraft-Kind-Relation
- Aufnahme von Kindern mit Migrationshintergrund
- Aufnahme von Kindern mit Behinderung
- Qualifikation der Erzieher, Öffnung des Fachkräftecatalogs
- Arbeitsbelastung der Erzieher, Zeit für Verwaltungs- bzw. Leitungs-/ Organisations-/ Elternarbeit sowie Koordination mit Schulen,
- Arbeitsverhältnissen der Erzieher
- Finanziellen Zuschüssen vom Land Hessen für den Betrieb der Kitas
- Finanziellem Aufwand der Stadt Kassel für den Betrieb der Kitas

verändern wird (zukünftiger Status), wenn das neue Hessische Kinderförderungsgesetz (neueste Fassung) zum 1.1.2014 Gesetz wird.

Dabei sollen vergleichende Aussagen mit Angabe der Grundlagen/Berechnungen am Beispiel einer Kita und einer Kindertageseinrichtung gemacht werden.

Wir bitten auch um schriftliche Beantwortung.

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Bodo Schild

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender

-51-/-5102-

Kassel, 10.07.2013
Herr Knoop ☎ 5016

An

-V-



**CDU Anfrage Nr. 101.17.967 . –Gegenüberstellung Status Kindertageseinrichtungen
Ausschuss Schule, Jugend, Bildung am 03.07.2013**

Öffnungszeiten:

Das Kinderförderungsgesetz legt keine Öffnungszeiten fest.

Gruppengrößen:

Die Gruppengrößen in Kasseler Kindertagesstätten liegen im Rahmen der neuen Mindestvorgaben des KiFöG.

Betreuungsschlüssel/ Fachkraft-Kind Relation:

Die Fachkraft-Kind-Relation und damit die Fachkraftfaktoren des neuen KiFöG sind das Ergebnis der Umrechnung der bisher in der MVO geregelten Personalvorgaben auf das einzelne Kind.

Aufnahme von Kindern mit Behinderung:

Die Betreuung von Kindern mit Behinderung in Kindertagesstätten wird in Hessen durch die Rahmenvereinbarung Integrationsplatz und nicht durch das KiFöG geregelt.

Qualifikation der Erzieher/innen, Öffnung des Fachkräftecatalogs:

Keine Änderung. Der Fachkräftecatalog wird nicht geöffnet.

Arbeitsbelastung der Erzieher/innen, Zeit für verwaltungs- bzw. Leitungs- /Organisations- / Elternarbeit sowie Koordination mit Schulen:

Durch die Umstellung auf eine Kind bezogene Betrachtung sinkt der Fachkraftbedarf in der Regel (Fachkraftbedarf errechnet sich künftig nach den jeweils tatsächlich anwesenden Kindern). Bei dieser Berechnung sollen 15 % für Ausfallzeiten, der zum Fachkraftbedarf hinzugerechnet wird, berücksichtigt werden.

Arbeitsverhältnisse der Erzieher/innen:

Bei einer konsequenten Umsetzung des Fachkraftbedarfs nach dem KiFöG nach den jeweils tatsächlich anwesenden Kindern zu einem Stichtag werden die städtischen und freien Träger flexible Arbeitszeitmodelle nutzen können.

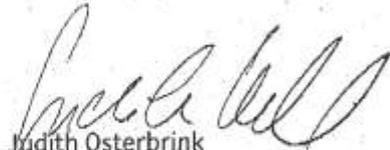
Finanzielle Zuschüsse vom Land Hessen für den Betrieb der Kitas:

Mit dem KiFöG richtet sich die Förderung (§ 32 HKJGB) ebenfalls nach der Anzahl der tatsächlich anwesenden Kinder in der Einrichtung zum Stichtag 1. März des jeweiligen Jahres. Die Träger erhalten eine nach Alter und Betreuungsumfang der Kinder differenzierte jährliche Grundpauschale. Hinzu kommen spezielle weitere jährliche Pauschalen.

Finanzieller Aufwand der Stadt Kassel für den Betrieb der Kitas:

Der finanzielle Aufwand der Stadt Kassel wird von der Höhe der Förderung nach der Anzahl tatsächlich anwesenden Kinder in der Einrichtung (bezogen auf Alter und Betreuungsumfang) zum Stichtag 1. März des jeweiligen Jahres abhängig und kann entsprechend differieren.

Belastbare Gegenüberstellungen einzelner Einrichtungen sind momentan aufgrund verschiedener unbekannter Faktoren noch nicht möglich (fehlende Landesrichtlinien zur Umsetzung des KiFöGs, Anzahl, Alter und Betreuungsumfang der tatsächlich anwesenden Kinder am 01.03.2014).



Judith Osterbrink



Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung

STADT  KASSEL
documenta-Stadt

Rathaus
34112 Kassel
Telefon 0561 787 3310
Telefax 0561 787 3312
E-Mail info@fdp-fraktion-kassel.de
Kassel, 10. Juni 2013

Vorlage Nr. 101.17.970

Heinrich-Schütz-Schule

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Wir fragen den Magistrat:

Wie lautet die Antwort der Dezernentin auf das Schreiben der Vertreterinnen und Vertreter der Heinrich-Schütz-Schule vom 28.05.2013?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Donald Strube

gez. Heinz Gunter Drubel
Stellv. Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.17.979

**Sachstand Joseph-von Eichendorff-Schule und Maßnahmen zum Erhalt durch den
Magistrat**

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Wir fragen den Magistrat:

1. Wurde, bzw. wann wurde dem Schulträger der Erlassentwurf zur Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes durch das Land Hessen zugestellt und was war der Inhalt?
2. Was war der Grund für die von der Schuldezernentin auf der Homepage der Stadt Kassel und gegenüber den Medien erwähnte Mail des Landes Hessen an sie im Januar?
3. Wie sah die nach § 28 Hessisches Verwaltungsverfahrensgesetz (HVwVfG) vorgesehene Anhörung aus?
4. Gab es eine Rückmeldung zum Erlassentwurf durch den Magistrat?
5. Gab es eine Rückmeldung der Landesregierung zu der Antwort oder Nichtantwort?
6. Ist dem Magistrat bekannt, wie das Land Hessen mit dem Erlassentwurf verfahren ist und wie der Sachstand ist?
7. Gab es seitens des Landes Hessen Alternativvorschläge zur Umwandlung in eine IGS, damit der Schulstandort der Joseph-von-Eichendorff-Schule erhalten bleiben kann?
8. Wurde der Stadt Kassel eine Zusammenlegung mit der OSW oder einer Landkreisschule als Möglichkeit genannt?
9. Wie steht der Magistrat zu solchen Vorschlägen?

10. Trifft es zu, dass mit einer Nichtgenehmigung eines Schulentwicklungsplanes nicht automatisch eine Schulschließung verbunden ist, weil nur der Schulträger i.d.R. Schulen schließen kann, sondern es dann in der Aufgabe der Stadt ist, ein genehmigungsfähiges Konzept zu erstellen?

11. Wie erklärt sich der Magistrat die sinkenden Schülerzahlen der Joseph-von-Eichendorff-Schule, die deutlich von den eigenen Prognosen aus 2012 abweichen, als man von Dreizügigkeit ausging und nun Einzügigkeit hat?

Begründung:

Das Hessische Verfahrensgesetz sieht in § 28 eine Anhörung Beteiligter vor. Dort ist unter (1) genannt: "Bevor ein Verwaltungsakt erlassen wird, der in Rechte eines Beteiligten eingreift, ist diesem Gelegenheit zu geben, sich zu den für die Entscheidung erheblichen Tatsachen zu äußern." Auf der Homepage der Stadt Kassel ist zu lesen, dass die Stadt Ende Januar "lediglich per E-Mail aus dem Kultusministerium einen Entwurf erhalten" habe, der "ausdrücklich nur zum internen Gebrauch bestimmt gewesen sei. „Dieser Entwurf trug weder ein Datum noch die Unterschrift von Kultusministerin Beer – er war damit nicht rechtsgültig“, erläutert Stadträtin Janz. Daher könne die Stadt auch keine Frist zur Stellungnahme versäumt haben. „Wir warten bis heute auf einen rechtsgültigen Erlass mit Datum und Unterschrift der Ministerin, auf den wir dann entsprechend reagieren können“, sagt Janz. " (Quelle <http://www.stadt-kassel.de/aktuelles/meldungen/19305/>)

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Dr. Michael von Rüden

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.17.980

21. Juni 2013
1 von 2

Schulstandort der Joseph-von-Eichendorff-Schule sichern

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird, vor dem Hintergrund der im Gegensatz zu den eigenen Prognosen im Schulentwicklungsplan deutlich gesunkenen Schülerzahlen, aufgefordert,

- a) umgehend gemeinsam mit Eltern-, Lehrer- und Schülervertretern sowie den Ortsbeiräten im Kasseler Osten und mit dem Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung nach Konzepten zur Sicherung der Anmeldezahlen der Joseph-von-Eichendorff-Schule zu suchen.
- b) zu prüfen, ob die Umwandlung in eine Mittelstufenschule bzw. Gesamtschule mit Mittelstufenzweig mit längerem gemeinsamen Lernen von der Klasse 5 bis 7 im Klassenverband und anschließende Aufteilung in praxisorientiertem Bildungsgang mit gemeinsamen Lernen an Beruflichen Schulen und Praxistagen in Betrieben sowie einen mittleren Bildungsgang mit der Möglichkeit des Wechsels an die Gymnasiale Oberstufe oder ähnliche Bildungsgänge, die Schülerzahlen steigern könnte, da ein solches Konzept den Integrationsgedanken der Joseph-von-Eichendorff-Schule stärken könnte.
- c) die Möglichkeit einer Zusammenlegung mit einer Schule im nahen Landkreis oder der Offenen Schule Waldau zu prüfen und damit den Schulstandort zu sichern.

Begründung:

Nachdem die Elternwünsche eine Umwandlung in eine Integrierte Gesamtschule durch zu geringe Einwahlzahlen nicht ermöglichen, muss über Alternativen nachgedacht werden, die den Vorgaben des Kultusministeriums entsprechen und damit die Schullandschaft in Kassel insgesamt, den Schulstandort im Kasseler Osten und die Weiterarbeit am

Integrationskonzept der Club-of-Rome-Schule sicherstellen, bevor die Stadtverordnetenversammlung womöglich eine Schulschließung verabschieden müsste.

2 von 2

Der von der Stadtverordnetenversammlung abgegebene Schulentwicklungsplan sah noch 2012 zum Zeitpunkt der Vorlage an das Land Hessen für die Joseph-von-Eichendorff-Schule „das knappe Erreichen der Dreizügigkeit in den Klassen fünf und damit die Umsetzungsmöglichkeit einer Integrierten Gesamtschule (IGS)“ vor. Zum Schuljahr 2012/13 liegen jedoch nur 28, im vorherigen Schuljahr knapp über 30 Anmeldungen vor. Diese Einwahlzahlen ermöglichen keine Genehmigung des Schulentwicklungsplanes mit der Vorgabe, die Joseph-von-Eichendorff-Schule - unabhängig von ihrem guten Konzept und der hervorragenden Arbeit - schulorganisatorisch fortzusetzen. Seitens der Stadt Kassel gab es keine besondere Steuerung in die Schule. Eltern mussten sogar auf die Möglichkeit hingewiesen werden, dass bei gleich bleibenden Schülerzahlen der Schulstandort nicht garantiert werden kann.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Michael von Rügen

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.17.995

Schulstandort - Joseph-von-Eichendorff-Schule

Gemeinsamer Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung bekräftigt ihren Willen, dass die Joseph-von-Eichendorff-Schule an ihrem bisherigen Standort und mit ihrem bisherigen wohnortnahen Bildungsangebot erhalten wird, wie sie dies im November 2011 einstimmig beschlossen hat und dies in der Teilfortschreibung des Schulentwicklungsplans 2012 bestätigt hat.

Trotz intensiver Bemühungen des Magistrats wurde über den Antrag der Stadt zur Sicherung des Standortes der Joseph-von-Eichendorff-Schule durch Umwandlung in eine integrierte Gesamtschule mit dem Auftrag, im Rahmen der Modellregion Integration ein besonderes Modell zur Förderung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund weiter zu entwickeln und zu erproben, bis einschließlich Juni 2013 im zuständigen Kultusministerium in Wiesbaden nicht entschieden. Diese Verzögerung führt zur weiteren Verunsicherung an der Schule und bei Schülern und Eltern und trägt damit zur weiteren Verschärfung der Situation der Schule bei.

Die Stadtverordnetenversammlung hält die Entwicklung alternativer Schulkonzepte zum jetzigen Zeitpunkt für schädlich, da diese die Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung zur Umwandlung der Joseph-von-Eichendorff-Schule in eine Integrierte Gesamtschule, die auch eindeutiger Wunsch der Schulgemeinde ist, konterkariert und die Sicherung des Schulstandortes gefährdet.

Der Magistrat wird deshalb gebeten, seine bisherigen Bemühungen zur Sicherung des Standortes der Joseph-von-Eichendorff-Schule und deren Bildungsangebot intensiv fortzusetzen und erneut gegenüber Wiesbaden die Position der Stadt klar zu stellen.

Berichtersteller/-in: Stadtverordnete Anke Bergmann

Uwe Frankenberger MdL
Fraktionsvorsitzender SPD

Gernot Rönz
Fraktionsvorsitzender B90/Grüne

